

Der Zusammentritt der Nationalversammlung in Berlin.

* Berlin, 7. Mai. Wie wir erfahren, dürfte die Nationalversammlung noch in dieser Woche in der alten Bibliothek zusammentreten. Der Tag des Zusammentritts ist noch nicht bestimmt festgelegt. Doch verlautet, daß in Berlin nur wenige Vollstimmungen stattfinden und daß man alsdann wieder nach Weimar zurückkehren werde. Der Haushaltsausschuß tritt heute im Reichsamt des Innern zusammen. Man ist sich noch nicht darüber schicklich, ob auch der Verfassungsausschuß nach Berlin überheben wird. Die Fraktionen der Nationalversammlung halten am Samstag in Berlin Sitzungen ab. Zu diesem Zwecke wird am Freitag der Parlamentszug von Weimar verkehren.

Der Städtetag über die Kommunalisierung.

* Berlin, 7. Mai. Die Vorstände des Deutschen und Preussischen Städtetags haben in gemeinsamer Sitzung zum Erlaß eines Reichsrahmengesetzes über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben folgende Entschließung angenommen:

Die deutschen Stadtverwaltungen, die schon bisher weitgehende Erfolge auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft aufzuweisen haben, sind deshalb zu weiteren Maßnahmen auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft vorzugsweise geeignet und berufen. Die Vorstände des Deutschen und Preussischen Städtetags halten es aus diesem Grunde für notwendig, daß den Gemeinden mit größter Beschleunigung ein für ein weiteres Fortschreiten in dieser Richtung brauchbares Gesetz in die Hand gegeben wird. Zu einem solchen Gesetz gehören besonders eine Aufhebung aller Wirtschaftszweige, die die Stadtverwaltungen kraft eigenen Beschlusses in Gemeinwirtschaft nehmen können, eine Beseitigung der Beschränkung, die die Gemeinden bei der Aufhebung der Wirtschaftsbetriebe durch andere Wirtschaftszweige zu übernehmen, die Festsetzung von Enteignungs- und Entschädigungsbedingungen, die den Gemeinden die Übernahme erleichtert, die Anerkennung der eigenen Verantwortung der Stadtverwaltung für ihre Maßnahmen und die Beseitigung unzulässiger Aufsichtsbefugnisse, der Ausschluß nebenher laufender Uebernahme und Einpruchsbefugnisse des Reiches und der Bundesstaaten, welche geeignet sind, die gemeindlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft zu durchkreuzen.

Hypothekendarlehen für den Kleinwohnungsbau.

Zur Behebung der Wohnungsnot hatte der Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheibel die Hypothekendarlehen angeregt, durch Bereitstellung von Beträgen für Hypothekendarlehen unter möglichst günstigen Bedingungen die Errichtung von Kleinwohnungsbauten zu fördern. Dieser Anregung ist jetzt von einer größeren Reihe von Hypothekendarlehen entsprochen worden. Sie haben für den Kleinwohnungsbau insgesamt einen Betrag von 50 Mill. Mark Hypotheken zu einem Zinssatz von 4% vom Hundert und 4 vom Hundert Amortisation ohne jede weitere Verluste, also auch unter Verzicht auf die Erstattung des Reichsverbandes, zur Verfügung gestellt. Die Beträge sollen nicht nur dazu dienen, um die erstellte, den Grundbesitzern jedes einzelnen Instituts entsprechende Beihilfe, welche nach dem Hypothekendarlehen Gesetz bis jetzt befristet der Lage haben kann, zu gewähren, sondern darüber hinaus auch preiswürdigen Kredit zu decken, der unter selbstschuldnerischer Bürgschaft öffentlich-rechtlicher Körperschaften, also auch des Staates, in Anspruch genommen wird.

Die Preussische Einkommensteuer 1914 und 1918.

* Berlin, 7. Mai. Nach dem der Landesversammlung zugegangenen überprüften Ergebnis der Einkommensteuerveranlagung für 1918 haben bei einer Seelenzahl von 40,1 Millionen im Staatsgebiet 7,77 Millionen Personen (19,4 v. H. der Bevölkerung) an Einkommensteuer 612,6 Millionen und an Zuschlägen 841 Millionen, insgesamt 944 Millionen Mark, abgeführt. Das sind 226 Millionen = 81,4 v. H. mehr als im Vorjahre.

Ein Vergleich mit dem Steuerjahr 1914 und 1918 ergibt ebenso folgende Veränderungen: Die Seelenzahl ist von 41,2 Millionen auf 40,1 Millionen zurückgegangen. Gestiegen ist die Zahl der Personen von 7,68 auf 7,77 Millionen. Ebenso ist die durchschnittliche auf jeden physischen Person veranlagte Einkommensteuer von 22,85 M. auf 30,19 M., der Jahresbetrag der auf den Kopf veranlagte Steuer von 8,27 M. auf 13,35 M., der Jahresbetrag der zu erhebenden Steuer einschließlich der Zuschläge von 878 auf 768 Mill. M. gestiegen. Insgesamt steht dem Gesamtaufkommen des Jahres 1914, das 443 Mill. M. betrug, im Steuerjahr 1918 ein Gesamtaufkommen von 944 Mill. M. gegenüber.

Die Untersuchung gegen Radel.

* Berlin, 5. Mai. Die ukrainische Regierung hat an die Reichsregierung den Antrag gerichtet, den in Berlin verhafteten Agitator Radel freizulassen, da ihrer Ansicht nach die Verhaftung zu Unrecht erfolgt sei. Gegen Freigabe Radels sollten dann die internierten deutschen Reichsangehörigen in der Ukraine entlassen werden. Wie mitgeteilt wird, nimmt die gerichtliche Untersuchung gegen Radel, der im Moabit Gefängnis unter Verhaftung steht, ihren Fortgang. Gegenwärtig wird die Voruntersuchung gegen ihn geführt, die demnächst beendet sein dürfte. Das Verfahren wird dann weiter seinen Fortgang nehmen. Eine Freilassung kommt nicht in Frage.

Ohne Zweifel liegen in der ukrainischen Regierung die gleichen Verhältnisse wie Radel selbst. Diese Gesellschaft arbeitet eben international und läßt ihre Stammesgenossen nicht im Stich.

Ansland.

Benedikt VI. und der Weltkrieg.

Die Politik des hl. Vaters Benedikt XV. während des Weltkrieges ist viel verkannt und ungerecht beurteilt worden. Vor einiger Zeit ist wiederum in der Revue de Paris von einem anonymen Verfasser ein Artikel veröffentlicht worden, der schwere Anschauungen

gegen die Politik Benedikts enthält. Daraufhin hat nun einer der besten Kenner der vatikanischen Politik, Vater Le Floch, Direktor des französischen Kollegs in Rom, im Correspondant die Angriffe widerlegt. Da ihm für diese Arbeit die Erlaubnis erteilt war, die Archive des päpstlichen Staatssekretariats zu benutzen, so konnte seine Rechtfertigung auf amtlichem Material und enthält manche Einzelheiten über die Angriffe gegen die Politik des Papstes von beiden Seiten, die bisher nicht veröffentlicht wurden. Le Floch kommt zu dem Resultat, daß der Papst, getreu der geschichtlichen Haltung des hl. Stuhles, von Anfang des Krieges an vollständige Unparteilichkeit und eine über alle sich gleichzeitige erstreckende Liebe bewahrt habe.

Im ersten Teile zeigt Le Floch, daß sich der Papst schon auf Grund der kirchlichen Lehre nicht einseitig auf die Seite der Centralmächte stellen konnte. Er weist da hin auf die Lehren des XIII. in seinen berühmten Enchiridion und Allocutionen, in denen es u. a. heißt:

„Da die Kirche nicht nur eine vollkommene Gesellschaft ist, sondern über jeder menschlichen Gesellschaft steht, so hat sie das Recht und die Pflicht, sich nicht zur Sklaverei der Parteien herzugeben, noch sich in irgendwelcher Weise den veränderlichen Forderungen der Tagespolitik zu beugen. Die Kirche auf Seite einer Partei ziehen und verlangen, daß sie politische Gegner besiegen helfe, würde einen ungeheuren Mißbrauch der Religion bedeuten.“ (Enchiridion, Capitulum Christianae, 10. Februar 1890.)

Sodann weist Le Floch nach, daß auch tatsächlich der hl. Vater sich in dem Weltkriege nicht auf die Seite der Centralmächte gestellt hat, und kommt dann zu dem Schluß:

„Die Wahrheit ist, daß der hl. Stuhl sich in einer überaus schwierigen Lage befand, einerseits konnte er nicht ohne Schaden an die Perspektive eines definitiven Sieges Deutschlands denken, eines Sieges, der den Triumph des Autokratismus und des Nationalismus unter Verhinderung Frankreichs und Belgiens bedeutete. Andererseits stand ihm mit der lebhaftesten Abneigung die Vervielfachung der Verbrechen vor Augen, die Rußland im Falle eines Sieges der Entente gemacht worden waren. Viele sind der Meinung, daß die Erfüllung jener Verpflichtungen die Freiheit, Unabhängigkeit und die europäische Kultur aus schwerer Gefahr hätten. Unter dem wohlüberlegten Regime des Jaren wäre ohne Zweifel der Katholizismus im Orient vollständig verschwunden. Gegenüber einer solchen, Angst einflößenden Lage und gegenüber den schrecklichen, durch den Krieg vermehrten Kalamitäten begreift man wohl, wie der Heilige Stuhl im Namen der Religion und der Menschlichkeit die dringendsten Aufforderungen entgegen nahm, um die kriegführenden Völker zu einem gerechten und dauerhaften Frieden zu bringen. Die Bedingungen für einen solchen Frieden wurden in der Note vom 1. August 1917 dargelegt. Die Benedikt XV. an die Haupt der kriegführenden Nationen gerichtet, die dann im weitestgehenden von Lloyd George in seiner Rede vom 1. Januar 1918 und vom Präsidenten der Union in seiner Rede vom 18. Januar 1918 wiederholt wurden.“

Als Beweis dafür, daß Benedikt die Centralmächte nicht bevorzugt, führt Le Floch verschiedene Umstände an, so z. B., daß, während die Entente niemals beim Vatikan vorstellig wurde, zahlreiche heftige Beschwerden von deutscher Seite einliefen, daß sogar der Kaiser Graf Hertling selbst intervenieren mußte, daß ferner der frühere deutsche Kaiser einem Benediktiner abt gegenüber dem hl. Stuhl Parteilichkeit für die Entente vorwarf und daß selbst Kardinal von Hartmann sich gezwungen gesehen habe, einen Protest beim Reichskanzler gegen die Angriffe einzulegen, die von deutscher Seite, besonders nach der Note vom 1. August, an die kriegführenden Nationen und nach der Einnahme von Jerusalem gegen den Papst wegen angeblich ententeferndlicher Haltung gerichtet waren.

Die Ausführungen des Vaters Le Floch, die auch als Separatdruck bei Regn in Paris erschienen sind, liefern von neuem den Beweis dafür, daß der hl. Stuhl im Weltkrieg seine göttliche Mission der Liebe und des Friedens trotz der schwierigen Lage in hervorragender Weise erfüllt hat.

Blutige Kirchenverfolgung in Ungarn.

Gräueltäter berichtet die „Reichspost“ über das entsetzliche Blutgericht von Debreczen, wo der tatl. Pfarrer Anton Szemelliter, ein erst 33jähriger Mann, das erste priesterliche Opfer der Debreczener Kommunistenregierung geworden ist.

Die Pfarrgenossen von Ritsch, der Pfarrer Szemelliter, hatten sich gegen die Entfernung der Kreuze aus den Schulen, sowie das Verbot des Religionsunterrichts in der Schule gewehrt. In der Folge wurde dann das Dorf Ritsch von 600 Mann Rotgardisten eingenommen.

Über den weiteren Verlauf wird der „Reichspost“ geschrieben:

Donnerstag abend wurde Pfarrer Szemelliter verhaftet nach Debreczen gebracht, sofort vor das Revolutionstribunal, das aus 4 Eisenbahnen, 4 Arbeitern, 1 Ingenieur und 1 Postbeamten bestand, gestellt und zum Tode durch Erschießen verurteilt. Noch in derselben Nacht wurde das Urteil vollzogen. Auf Bitte des Verurteilten nach einem Priester wurde ihm der Gymnasialprofessor Mihály, ein Benediktiner, gestellt, durfte aber nur in Gegenwart zweier Genossen ihm die Weichte abnehmen. Um halb 1 Uhr nachts wurde Pfarrer Szemelliter in den Hof des Gerichtsgebäudes geführt. Festen Schrittes, laut betend, ging er durch die Reihen der aufgestellten Rotgardisten und erwartete stehend seinen Tod.

Das Kommando zum Feuern gab der erst 23-jährige militärische Oberkommandant der Debreczener Komitatsgarde, Engländer, von Beruf Musiker. Sein Vater war ein frommer Katholik, der Sohn ist ein fanatischer Kommunist geworden. Die Soldaten trafen nicht gut. Erst ein Nachschuß machte dem Leben des Vaters ein Ende. Der mutige Todesgang des Priesters machte auf viele der anwesenden Rotgardisten einen tiefen Eindruck. Als bald wollten die roten Nachschützen den Leichnam ohne Sarg in die Grube werfen lassen. Aber der Totengräber weigerte sich, vor 4 Uhr sich das Grab zu schäufeln. So wurde die entsetzte Grube doch in einen Sarg gelegt und moranens beerdigt. Viele besuchten tagtäglich das Grab.

Nach diesen Vorfällen verließ Warabdy die kommunistischen Vorleser der umliegenden Dörfer und erklärte ihnen, daß er in jedem Orte, wo Katholiken vorkommen, die drei Kreuze erschießen lassen werde. Auf die Frage eines der Anwesenden, warum gerade die drei Kreuze, warum nicht ebenso willkürlich die drei Kerzen, gab er die Antwort: „Jetzt herrscht die Diktatur des Proletariats. Kritik wird keine geduldet, sonst Blut, Kerzen und Tod.“ Diese Worte sind sein Lieblingspruch, den er bei jeder Gelegenheit im Munde führt.

Begleitend ist auch der Anspruch des jüdischen Obergewerks, des Komitatskommissars von Debreczen, Kellner, eines ehemaligen Buchdruckerlehrlings, er wolle, sobald sich Gelegenheit biete, noch vier Pfarrer hängen lassen, aber nicht mehr erschießen, sondern aufhängen lassen. Der Pfarrer von Minichof wird seither militärisch bewacht. Ein Jude verteilte sich als Bauer, um den Dechant Geiß von Rodenhäus in Westungarn täuschen und vor das Revolutionstribunal bringen zu können. So wurde es ihm möglich, durch einige Tage die katholische Kirche zu besuchen. In, er trieb die Freiheit so weit, zur Weicht bei dem Dechant zu gehen und ihn in der Weicht um Rat zu fragen, ob er ihm den Uebertritt zum Kommunismus anempfiehlt. Die Antwort des Dechanten mißtraute er, um ihn zur Anzeige zu bringen. Bald darauf wurde Dechant Geiß verhaftet und nach Budapest abgeführt.

Erwägt man den Umstand, daß alle Kirchengebäude, sowohl die Grund und Boden, als Staatsbesitzungen weggenommen worden sind, so kann man sich leicht ein Bild von der traurigen Lage der kathol. Kirche in unserer nächsten Nähe machen.

Fliegerunglück in England.

* London, 3. Mai. Heute sind zwei Flieger zu Tode gekommen. Der eine in der Umgebung von London, der andere bei Manchester. Die Apparate gingen in der Luft auseinander und stürzten ab. Der erste hatte den Flugplatz verlassen, um den Höhenrekord zu schlagen. Er befand sich in etwa 1500 Meter Höhe, als plötzlich Flammen aus dem Flugzeug schlugen. Der Flieger versuchte im Gleitflug zu landen, aber die Flammen schienen immer stärker zu werden. Man sah dann, wie der Flieger, der sich gewissermaßen einen Fallschirm zu schaffen, seinen Mantel weit ausbreitete, aus dem Flugzeug sprang. Er kam indes bei dem Sturz zu Tode, während sein Apparat auf einen Holzstumpf aufschlug. Der zweite Flieger war auf dem Wege nach Manchester, wo eine sportliche Veranstaltung stattfinden sollte. Auf der Fahrt sollte plötzlich ein Propeller aus, während das Flugzeug gleichzeitig Feuer fing. Der Flieger stürzte ab und starb bald darauf.

* London, 5. Mai. Der Generalkontrollleur des englischen Flugdienstes, General Sykes, wurde auf einem Flug von London nach Paris von einem schweren Unfall betroffen. In 400 Meter Höhe legte der Motor aus und die Maschine stürzte steilwärts ab. Der Flieger wurde beunruhigt unter den Trümmern hervorgezogen. Ein weiterer Fliegerunfall fand nordwestlich von London statt, wo ein Flugzeug in Brand geriet. Ein Verwandter Lord Newington sprang hierbei aus der brennenden Maschine heraus. Er war tot.

Vom kommenden Frieden. Die Verhandlungen in Versailles.

Eventuelle Gegenvorschläge.

* Berlin, 6. Mai. Eine Berliner Wälderzeitung, wonach unsere Unterhändler in Versailles an ganz bestimmte Instruktionen gebunden sein sollen, d. h. an ein Mindestprogramm eigener Forderungen und an ein Höchstprogramm der zu machenden Konzessionen, daß sie andernfalls ohne zu unterschreiben zurückzulehnen und die weitere Entscheidung der heimischen Regierung zu überlassen hätten, glaubt die Deutsche Allgemeine Zeitung in folgender „diplomatischer“ Form alten Stils berichten zu müssen:

Ob die Lage in dieser Form zutrifft, muß dahingestellt bleiben, indessen legt die große Anzahl Sachverständiger, die in Paris weilen und zu denen in den letzten Tagen noch weitere Herren hinzugezogen wurden, die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die deutsche Delegation, nach den Nachrichten der deutschen Presse über die Friedensverhandlungen, gewisse Gegenvorschläge ausgearbeitet hat, um sie den gegnerischen Vorschlägen entgegenzusetzen. Auch einzelne englische Pressstimmen lassen erkennen, daß Verhandlungen auf gegnerischer Seite nicht für unwahrscheinlich gehalten werden. Ebenso liegen sonstige Anzeichen vor, daß auf deutscher Seite der Eintritt in Verhandlungen erwartet wird.

Der Verkehr zwischen Versailles und Berlin.

23. Berlin, 6. Mai. Da für die Verbindung der Friedensdelegation von Versailles mit Berlin nur zwei Drahtleitungen über Spa zur Verfügung stehen, die zeitweise völlig versagen, ist nunmehr funktentelegraphischer Verkehr zwischen den Funkstationen Rauen und Cisternum eröffnet worden. Zur Beschleunigung des Verkehrs ist die Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes, der die Friedensverhandlungen unterliegen, durch einen direkten Draht mit der Funkstation Rauen und die deutsche Delegation in Versailles in derselben Weise mit dem Cisternum verbunden; außerdem ist das Quartier der letzten ebenso wie die genannte Geschäftsstelle in Berlin mit eigenen Empfangsanlagen versehen, so daß die von den Funkstationen kommenden Funksprüche auch direkt aufgegeben werden können.

Der deutsche Friedensauschuß.

* Berlin, 7. Mai. In der gestrigen Sitzung des Friedensauschusses teilte Minister Erzberger

mit, daß der Friedensvertrag am Freitag durch Rurere und durch Flugzeuge herbeigeschafft werde.

Die sämtlichen Fraktionen der Nationalversammlung werden ihre Mitglieder auf Samstag zu Sitzungen hierfür berufen.

Aus der Sitzung des Ausschusses ist von Wichtigkeit eine Rede des Finanzministers Dernburg, in der u. a. gesagt ist:

Das deutsche Volk tritt jetzt in die schwierigste Lage, in der es sich je befunden hat. Unser Nahrungsmittelbedarf ist überaus knapp. Unser Kartoffelvorrat droht auszugehen und kann nur ungenügend ersetzt werden. Die Friedensverhandlungen werden nicht ganz kurz sein. Das deutsche Volk darf dabei seinen guten Mut dabei nicht verlieren. Die einzuführenden Lebensmittel können bezahlt werden entweder durch Gold oder mit ausländischen Wertpapieren oder Kredit oder Ware. Der Goldbestand der Reichsbank ist bereits auf 1700 Millionen Mark heruntergefallen.

Ein Zug aus dem Inlande ist selbstverständlich ausgeschlossen. Ebenso selbstverständlich ist, daß wir mit der Fälligkeit von Einfäulen nicht einhalten dürfen. Die Bedingungen der Lieferanten, die durch ihre Staaten jetzt mit uns verhandeln, sind derart, daß die Ware bezahlt werden muß, ehe wir nur bestellen. Nun ist ein Abkommen getroffen, daß wir an Stelle von Gold gewisse Arten ausländischer Wertpapiere geben können. Dies kann infolge des Banksturzes der unheilvoll geteilt hat, nur in geringem Umfang geschehen. Wir hoffen, daß bei der Fristverlängerung über den 20. Mai hinaus die Summe sich erheblich mehr, aber sie wird nicht hinreichen, die Bestellungen zu decken. Andererseits müssen wir uns aufs äußerste dagegen wehren, daß der Goldbestand, unser letzter Notanker für die kommenden schweren Tage, noch weiter gemindert wird. Es bleiben: Kredit und Ausfuhr. Der Privatcredit der deutschen Geschäftswelt ist heute erheblich größer als der Kredit des Deutschen Reiches, eine Folge der Zetteltätigkeit bei der Aufhebung des Krieges. Das Haupt- und letzte Mittel ist Belebung der Ausfuhr.

Das Kabinett stimmt darin überein, daß dies mit den Fesseln, die heute dem Handel auferlegt sind, nicht geschehen kann. Das Kabinett hat deshalb beschlossen, Maßregeln zu ergreifen, die unter voller Wahrung der inländischen industriellen Interessen die Fesseln des Ausfuhrhandels beseitigen, daß es aus der Letztartie, in die er hineingeworfen war, erwachen kann. Hierzu bedarf es einer sicheren Zentralstelle, keine Komptenzverwirrungen, kein Respektkapitalismus darf Platz haben. Das Kabinett fühlt, daß in dieser Frage die Reichsregierung nicht versagen darf. Sie sieht den Ernst der Stunde und hat darum heute beschlossen, einen Reichskommissar zur Beschaffung der notwendigen Zahlungsmittel einzusetzen und ein Exerzium von drei Kabinettsministern, unter Vorsitz des Ministers des Reichswirtschaftsamt, unter Beirath des Ministers des Reichsnährungsamtes und des Reichsfinanzministeriums, mit ungewöhnlichen Vollmachten auszustatten, sobald alle Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen, durch einen einfachen Beschluß dieser Körperschaft beseitigt werden können.

Genf als Sitz des Völkerbundes.

24. Genf, 6. Mai. Die erste Sitzung der Delegierten des Völkerbundes, die man hier erwartet, wird im berühmten Alhambra des Ra Hauses stattfinden. Der Völkerbund hat den städtischen Behörden mitgeteilt, daß er ein Grundstück von 3000 Quadratmeter Größe am Ufer des Sees wünsche. Es soll die größte Station für drahtlose Telegraphie und ein großer Flughafen für die Flugzeuge der Diplomaten errichtet werden.

21. Genf, 6. Mai. Pichon ist zum Vorsitzenden des Völkerbundes gewählt worden.

Stadtnachrichten.

Genf, 7. Mai.

(-) Die Gasbelieferung steht seit gestern mittag wieder. Es scheint, daß das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk mit der Stadt ganz versahren kann, wie es will. Wir kommen uns vor wie die Maus, mit der die Kage grausam spielt. Es ist doch alt der Zeit, daß unsere Verwaltung einmal ein ganz anderes Gesicht hier spricht. Wir sind nicht gewillt, stets an der letzten Stelle bei dem Wert zu stehen, in die wir zu kommen, wenn die andern abseits nichts mehr notwendig haben.

(-) Der erste Spargel, allerdings noch recht dünn und entsprechend teuer, ist seit gestern auf dem hiesigen Markt und in den Geschäften erschienen. Bei dem schönen Maiwetter darf man wohl bald auf reichliche Ernte rechnen.

(-) Eintragung in die Kundenlisten der Kohlehandler ist unbedingt erforderlich, wenn die Versorgung mit Brennstoffen für die nächsten Monate gewährleistet werden soll. Deshalb werden die Leser unserer Zeitung darauf aufmerksam gemacht, daß nächster Samstag die Kundenlisten geschlossen werden; diejenigen, die die Eintragung vernachlässigt haben, sollten, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihnen demnächst Brennstoffe nicht geliefert werden sollten.

Beerdt-Oberrassel.

* D.-Oberkassel, 5. Mai. Am 26. April hielt die Allgemeine Ortskassenkasse hier diesjährige erste Versammlung ab. Auf der Tagesordnung befanden sich als die hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstände die Abnahme der Jahresrechnung 1918 und eine Änderung der Satzung. Der Geschäftsführer erläuterte den vorliegenden Geschäftsbericht und führte u. a. aus, daß

es der
ordentl
sei, eine
berzeich
um 15
Ueberse
fogar e
konnte,
laufen
der Kap
geleic
schritten
Jahre 1
führer
gegenab
waren
8,86 P
und 3,8
zeigt, d
müßig
so ware
als 11
fähig ge
den hol
wirkung
nachtrag
laminen
geld 26
jahre, f
im Jahr
rechnun
men w
die bist
aufrechi
kenstaf
höchste
müssen),
Erwelle
die Kap
Anschlo
vollen P
erweiter
Neuerun
Oberver

amt ma
werden
pro Be

st
städtisch
heimer K
schlossen

direktion
für die
Sonderg
am Woi
morgen
Reichsge
auch tro
direktion
denlang
Verdächtig
benutzen
wird das
langenen
ist. Der
noch nicht
gibt, die
einstreife
weitregul

Niederber
Gefetz, d
chen fin
und ins
berisprach
30 000
Nachts st
zu der C
solle. Die
den Rebe

dem Hau
ter und
kaufen d
schen Ar
worden.

es nun g
und festzu
rat von V
und Solb
gerliche G
den Verdr
in die B
2400 Ein
Deutsche
hat verant
zur Kennn
ein Delegi
Pforzheim
der unglück
gehoffen u

Ne
Der

Der ge
ein unfa
geteilt ist
die wichtig

Die Gr
mit einem

am Freitag durch
Herbeigeführt werde.
den der Nationalver-
treter auf Samstags

Unschlüssig ist von
manzministers Dorn-

jeht in die schwie-
befunden hat. Un-
überaus knapp. Un-
zugesehen und kann
den. Die Friedens-
gang kurz sein. Das
einen guten Mut dabei
zenden Lebensmittel
der durch Geld oder
den oder Kredit oder
Reichsbank ist be-
Markt heruntergefun-

lande ist selbstver-
selbstverständlich
ung von Einkäufen
e Bedingungen der
taaten jeht mit uns
die Ware bezahlt
stellen. Nun ist ein
wir an Stelle von
von dichter Wertpapiere
olge des Bankkrisis,
nur in geringem Um-
daß bei der Frist-
hinaus die Summe
nicht hinreichend.
Unterstützen müssen
an wehren, daß der
planter für die kom-
weiter gemindert
und Ausfuhr. Der
schäftsverweil ist heute
redit des Deutschen
selbstwirtschaft bei der
s Haupt- und letzte
jahr.

in überein, daß dies
im Handel auferlegt
Das Kabinett hat
zu ergeben, die
ländischen industri-
des Ausfuhrhandels
etargie, in die er
gehen kann. Hierzu
tastelle, keine Kom-
ortkapitalismus darf
fühlt, daß in dieser
nicht vertragen dar-
den und hat darum
Kommunikation zur
Wohnungsmittel einzu-
drei Kabinettsminis-
ters des Reichswirt-
schaftsministeriums
des Minister des
des Reichsfinanzmini-
ster Vollkommen aus-
geleitet, die sich ent-
schieden Beschluß die-
der können.

Die erste Sitzung des
man hier erwartet,
die des Reichs hauses
ländischen Reichstages
von 8000 Quadrat-
metern wünsch. Es soll
e Telegraphie und ein
junge der Diplomaten

ist zum Vorhanden
en.

ridhten.

Neu, 7. Mai.

dozt seit gestern mittag
Heinrichs-Wirtschafts-
ganz verfahren kann,
vor wie die Maus,
Es ist doch ein ganz
einmal ein ganz ent-
Wir sind nicht gewillt
dem Wert zu stehen
in die andern abfolm

dings noch recht dünn
gestehen auf dem hie-
schen erschienen. Bei
man wohl bald auf

identisten der Kohle-
sch, wenn die Verfor-
die nächsten Monate
halb werden die Leier
n gemacht, daß nach-
lassen werden; diejen-
glücklich haben sollten,
en, wenn ihnen dem
werden sollten.

rkassel.

Am 28. April hielt
die diesjährige erste
Lagesordnung befaßten
Verhandlungsgegenstände
1918 und eine Reihe
sachlicher Erläuterungen
des fährte u. a. aus, daß

is der Kasse im Geschäftsjahre 1918 infolge außer-
ordentlich hoher Krankheitskosten nicht möglich gewesen
ist, eine Buntkarte des Vermögens zu erzielen, vielmehr
verzeichne die Vermögensnachweisung eine Abnahme
um 15.665,42 M. Da im Jahre 1916 aber ein
Ueberschuß von 35.612,68 M., und im Jahre 1917
sogar ein solcher von 73.344,62 M. erzielt werden
konnte, läßt sich das nicht günstige Ergebnis des ab-
gelaufenen Geschäftsjahres die gesunde finanzielle Lage
der Kasse kaum beeinträchtigen, habe die Kasse ihre
gezielte Höhe doch um mehr als 43.000 M. über-
schritten. Um die Höhe der Krankheitskosten im
Jahre 1918 zu veranschaulichen, stellt der Geschäfts-
führer den Hiffern dieses Jahres die des Vorjahres
gegenüber. Am 1. Nov., 1. Dez. und 31. Dez. 1918
waren arbeitsunfähig 8,45 Proz., 8,69 Proz. und
8,86 Prozent der Mitglieder gegen 4 Proz., 2,7 Proz.
und 3,8 Prozent im Jahre vorher. Auch wurde ge-
zeigt, daß die Krankheitskosten der weiblichen Kassen-
mitglieder erheblich höher waren als die der männlichen;
so waren beispielsweise am 1. Dez. 1918 nicht weniger
als 11,04 Proz. der weiblichen Mitglieder arbeitsun-
fähig gegen 6,35 Proz. der männlichen. Entsprechend
den hohen Krankenbeständen wuchsen auch unter Ein-
wirkung des im Vorjahre in Kraft getretenen 2. Sogungs-
nachtrages die Ausgaben für die einzelnen Leistungen
laminarartig; z. B. wurden vorausgeschätzt an Kranken-
geld 263.491,77 M., gegen 95.265,89 M. im Vor-
jahre, für Arznei 24.807 M., gegen 16.164,68 M.
im Jahre 1917 usw. Trotz der nicht günstigen Jahres-
rechnung, welche vom Ausschusse einstimmig abge-
nommen wurde, glaubte der Vorstand der Kasse nicht nur
die bisher gewährten Leistungen in vollem Umfang
aufrecht erhalten zu können (nicht wenige andere Kran-
kenkassen haben sich im letzten Jahre zu Beitrags-
erhöhungen bzw. Gebührenerhöhungen verurteilt), er
schlug vielmehr dem Ausschusse noch eine
Erweiterung der Familienversicherung vor, durch welche
die Kasse insoweit gefördert wird, bei Verpflegung von
Angehörigen der Mitglieder in Krankenhäusern die
vollen Pflegekosten zu übernehmen. Auch diese Sogungs-
erweiterung beschloß der Ausschuss einstimmig. Die
Neuerung wird nach erfolgter Genehmigung durch das
Oberverwaltungsamt in Wirksamkeit treten.

2. Oberverwaltungsamt, 7. Mai. Das Oberverwaltungs-
amt macht bekannt, daß nach Sozialtariffen abgegeben
werden können und zwar zum Preise von 30 Mark
pro Zentner. Das nähere enthält die Bekanntmachung.

Provinznachrichten.

• Düsseldorf, 7. Mai. Der An- und Verkauf
städtischer Grundstücke wird hier nicht mehr in ge-
heimer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung be-
schlossen, sondern in voller Öffentlichkeit.

• Köln, 6. Mai. Nach einer der Eisenbahn-
direktion Köln zugegangenen Mitteilung sollen die
für die Zeit vom 5. bis 9. Mai angefallenen drei
Sonderzüge mit Kriegsgefangenen vorläufig aus. Wie
am Montagabend hatten sich am heutigen Dienstag-
morgen von 6 Uhr an zahlreiche Angehörige von
Kriegsgefangenen am Bahnhof Eifel eingeleitet, die
auch trotz eines öffentlichen Anschlages der Eisenbahn-
direktion über das Nichttreffen der Züge noch stän-
denlang am Bahnhof verkehrten. Näheres über die
Verzögerung der Züge ist noch nicht bekannt. Vom
deutschen Generalstabsoffizier im Rheinland Köln
wird dazu noch mitgeteilt, daß der ausgeteilte Ge-
fangenentransport für den 5. Mai nicht eingetroffen
ist. Der Abtransport deutscher Kriegsgefangenen hat
noch nicht begonnen. Es hat sich um Logaretti-
züge, die mit verwundeten Kriegsgefangenen in Deut-
schland eintrifften und von dort aus ins unbesetzte Gebiet
weitergeleitet werden.

• Köln, 6. Mai. Die namentlich am
Niederrhein bekannten Einbrecher Montreal und
Gefert, die wiederholt aus Gefängnissen ausgebro-
chen sind, wurden kürzlich in Köln aufgegriffen und
ins Wiesbadener Gefängnis überführt. Hier
verurteilten die beiden Verbrecher einen Aufseher
30.000 Mark, die sie vergnügen haben wollten.
Nachts flüchtete die Verbrecher mit dem Aufseher
zu der Stelle, wo der „Schlag“ vergraben liegen
sollte. Dort nahmen die Kerls dem Aufseher
den Revolver ab und nahmen schmerzlich Reißaus.
• Köln, 5. Mai. In der letzten Zeit sind auf
dem Hauptbahnhof eine ganze Anzahl Schleißhän-
der und andere Personen, die Lebensmittel zu ver-
kaufen bzw. gekauft hatten, von angeblichen städti-
schen Kriminalbeamten gefesselt und ausgehändelt
worden. Den Verurteilten der städtischen Polizei ist
es nun gelungen, drei solcher Gauner zu ermitteln
und festzunehmen.

• Pforzheim, 6. Mai. Der Studienmedizinal-
rat von Pforzheim hat durch den dortigen Arbeiter-
und Soldatenrat der Deutschen Gesellschaft für bür-
gerliche Erziehung, Berlin-Halensee, einen erklären-
den Bericht gefordert über die trostlosen Verhältnisse,
in die Pforzheim durch Einkauf von mehr als
2400 Einwohnern am Typhus geraten ist. Die
Deutsche Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung
hat veranlaßt, daß der Bericht dem holländischen Volk
zur Kenntnis kam. In den allerersten Tagen wird
ein Delegierter des holländischen Roten Kreuzes in
Pforzheim eintreffen, um sich selbst, auf welche Weise
der unglücklichen Stadt möglichst schnell und wirksam
geholfen werden kann.

Neueste Nachrichten.
Der Friedensvertrag.

• Versailles, 8. 5. 19.

Der gestern 3 Uhr überreichte Friedensvertrag ist
ein umfangreiches Schriftstück, das in 15 Abschnitte
geteilt ist. Wir entnehmen heute aus demselben nur
die wichtigsten Bestimmungen.

Die Grenze gegen Frankreich.
Die Grenze mit Frankreich ist die von 18. Juli 1870
mit einem Vorbehalt bezüglich des Saargebietes. Die

Grenze mit Österreich ist dieselbe wie die vom 3. August
1914. Die Grenze zwischen Deutschland und Däne-
mark und ein Teil der Grenze zwischen Ostpreußen
und Polen bleibt der Entscheidung durch das Ergeb-
nis einer Volksabstimmung vorbehalten.

Belgien.
Deutschland hat die volle Souveränität Bel-
giens über das bestrittene Gebiet von Mores-
net und über einen Teil von Brüssel-Mores-
net anzuerkennen; ferner muß es zugunsten Bel-
giens auf alle Rechte über Eupen und Mal-
medy verzichten, deren Einwohner innerhalb
sechs Monaten berechtigt sind, gegen diesen Weg-
sel im ganzen oder zum Teil zu protestieren; die
entschließliche Entscheidung ist dem Völkerbund vor-
behalten.

Die Rheinländer.
Deutschland darf keine Festungen aufrecht-
halten oder bauen in dem Gebiet unter 50 Kilo-
meter östlich des Rheins. In diesem Gebiet darf
Deutschland keine bewaffneten Streitkräfte unter-
halten, weder dauernd noch zeitweilig, noch Ma-
növer abhalten, noch Arbeiten zur Erleichterung
der Mobilmachung ausführen. Werden die Be-
stimmungen dieses Artikels verletzt, so wird dies
als ein feindseliger Akt Deutschlands gegen
die Unterzeichner des Vertrages und als Verstoß
einer Störung des Weltfriedens betrachtet werden.
Auf Grund des Vertrages muß Deutschland auf
jedes Ergehen um Auslieferung antworten, welches
der Rat des Völkerbundes an daselbe richtet.

Die Befestigung des linken Rheins.
Als eine Bürgschaft für die Ausführung des Ver-
trages wird deutsches Gebiet westlich vom Rhein mit
den Brückenköpfen von den alliierten und assoziierten
Truppen auf 15 Jahre besetzt. Wenn die Bedin-
gungen von Deutschland redlich ausgeführt werden,
werden einige Gebiete, darunter der Brückenkopf von
Köln, nach 5 Jahren geräumt; einige andere Gebiete,
darunter der Brückenkopf von Koblenz, werden nach
10 Jahren geräumt, und das übrige Gebiet, darunter
der Brückenkopf von Mainz, nach 15 Jahren. In dem
Falle, daß das internationalisierte Komitee zur Wiederher-
stellung des früheren Zustandes findet, daß Deutsch-
land es an der Erfüllung des ganzen oder eines Teiles
der Bestimmungen gescheitert, sei es während der
Besetzung, sei es nach Verlauf der 15 Jahre, wird
das ganze oder ein Teil der angegebenen Gebiete sofort
wieder besetzt. Wenn Deutschland vor dem Ablauf der
15 Jahre allen Bedingungen nachkommt, die aus dem
gegenwärtigen Vertrag sich ergeben, werden die Be-
setzungstruppen sofort zurückgezogen.

Das Saargebiet.
Als Vergeltung für die Zerstörung der Kohlen-
bergwerke in Nordfrankreich und als Zahlung auf
Rechnung der Wiedergutmachung tritt Deutschland an
Frankreich das volle Eigentumsrecht über die Kohlen-
bergwerke des Saargebietes mit allen Gerechtigkeiten
ab. Ihr Wert wird von der Wiedergutmachungskom-
mission abgemessen und angeteilt.

Das Becken rechts der Grenze Lothrin-
gens, als wieder an Frankreich zurückgegeben, insbe-
sondere bis St. Wendel, westlich mit Einschluß des Saar-
tals bis Saarbrücken und im Osten bis zur Stadt
Somborn (Mosel).

Nach 15 Jahren wird eine Volksabstim-
mung nach Gemeinden abgehalten werden, um die
Wünsche der Bevölkerung festzustellen bezüglich einer
Fortsetzung des bestehenden Regimes, einer Vereinig-
ung mit Frankreich oder einer Vereinigung mit
Deutschland.

Im Falle einer Abgabe an Deutschland muß
die deutsche Regierung die französischen Bergwerke zu
einer teilweisen Entschädigung wieder loskaufen; wird
der Preis danach nicht binnen 6 Monaten bezahlt,
so geht dieses Gebiet endgültig an Frankreich über.
Kauft Deutschland die Bergwerke zurück, so wird der
Völkerbund festlegen, wieviel von der Kohle nach
Frankreich gehen soll.

Elfaß-Lothringen.
Nach Anerkennung der moralischen Verpflichtung,
das von Deutschland an Frankreich und der Bevölke-
rung Elfaß-Lothringens 1871 verlebte Unrecht wider-
gutmachen, werden die Gebiete, die an Deutschland
durch den Frankfurter Frieden abgetreten wurden, an
Frankreich zurückgestellt, mit den Grenzen, wie vor
1871, und dies alles vom Datum der Unterzeichnung
des Waffenstillstandes und frei von allen öffentlichen
Schulden.

Das ganze öffentliche und private Eigentum der
früheren deutschen Herrscher geht auf Frankreich über
ohne Zahlung oder Kredit. Frankreich tritt an die
Stelle von Deutschland, in Bezug auf den Besitz von
Eisenbahnen und die Rechte über die Konzeption elek-
trischer Bahnen. Die Rheinländer werden an Frank-
reich übergeben mit der Verpflichtung, für ihren Un-
terhalt zu sorgen.

Für fünf Jahre werden Fabrikate aus Elfaß-
Lothringen in Deutschland zugelassen in einem Maße,
das in keinem Jahre den Durchschnitt der drei letzten
Jahre vor dem Kriege übersteigt; Textilwaren Wen-
nen von Deutschland nach Elfaß-Lothringen Zollfrei
eingeführt und wieder zurückgeführt werden. Kon-
trakte für Elektrifizierungskräfte vom rechten Rheinufer
müssen für zehn Jahre fortgesetzt werden.

Für sieben Jahre mit der möglichen Ausdehnung
auf zehn Jahre werden die Häfen von Rehl und
Strasbourg als eine Einheit von einem französischen
Vertreter verwaltet.

Danzig.
Danzig und die unmittelbare Umgebung wird zur
freien Stadt Danzig erklärt, unter der Garantie des
Völkerbundes. Ein Kommissar, ernannt durch den
Völkerbund und mit dem Wohnsitz in Danzig, wird
eine Verfassung erlassen in Übereinkunft mit den
Vertretern der Stadt und wird vor allen Dingen
alle Differenzen entscheiden, die zwischen der Stadt
und den Polen entstehen können. Die Grenzen der
Stadt werden durch eine Kommission bestimmt, welche
binnen sechs Monaten nach dem Frieden ernannt
wird und aus drei Vertretern besteht, die von den
alliierten Mächten gewählt sind, und je einer von
Deutschland und von Polen.

Polen.
Deutschland tritt an Polen den größten Teil
Oberschlesiens ab, die Provinz Posen und die Provinz
Westpreußen auf dem linken Ufer der Weichsel. Eine
Grenzkommission von sieben Mitgliedern (fünf Ver-
tretern der alliierten, assoziierten Mächte, je eines für
Polen und Deutschland) wird binnen 14 Tagen nach
dem Frieden ernannt, um diese Grenze festzusetzen.
Spezielle Verordnungen, die sich als notwendig er-
weisen, um Rasse- und Religionsminderheiten zu
schützen, werden festgelegt in einem späteren Vertrag
zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und
Polen.

Ostpreußen.
Die Süd- und Ostgrenze Ostpreußens Polen ge-
genüber wird durch Volksabstimmung fixiert; die erste
in dem Bezirk Allenstein zwischen der Südgrenze Ost-
preußens, der Nordgrenze des Regierungsbezirks Al-
lenstein, von da ab, wo sie die Grenze von Ostpreußen
und Westpreußen trifft, bis zu dem Verbindungspunkt
mit der Grenze zwischen den Provinzen Ost- und
Angernburg, von da die nördliche Grenze von Ost-
preußen bis zu dem Verbindungspunkt mit der gegenwärtigen
Grenze; die zweite in dem Gebiet, enthaltend die
Freie Stadt Königsberg und die Teile der
Freie Marienburg und Marienwerder, östlich der
Weichsel.

Deutsch-Ostpreußen.
Die vollkommene Unabhängigkeit von Deutsch-
Ostpreußen.

Kolonien.
Die deutschen Kolonien gehen an die verbündeten
Mächte über. Die im Vertrag von Algieras er-
langten Rechte in Marokko gehen an Frankreich über.
Die in China erlangten Konzessionen und Forderungen
gehen verloren.

Kriegsgefangene.
Die Heimkehr der deutschen Kriegsge-
fangenen und Zivilpersonen wird angeordnet durch
eine Kommission bestehend aus Vertretern von Alliierten
und der deutschen Regierung mit Hilfe von ört-
lichen Unterkommisionen. Deutsche Kriegsgefangene
und internierte Zivilpersonen werden sofort von den
deutschen Behörden auf deren Kosten zurückgeführt.

Die Kriegsschiffahrt.
Es werden Deutschland angesetzt: Tausend Mill. Pfund
Sterling (20 Milliarden Mark) zahlbar nicht später
als am 1. Mai 1921 ohne Zinsen; ferner zweitausend
Millionen Pfund Sterling zu 2,5 Prozent zu ver-
zinsen, zwischen 1921 und 1926, später aber mit 5
Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen,
und zwar von 1926 ab. Weiter müssen wir uns
verschließen, Schuldverschreibungen zu liefern für einen
zusätzlichen Betrag von 20.000 Millionen Pfund
Sterling. Diese sind mit 5 Prozent zu verzinsen,
wobei der Hauptsatz die näheren Zahlungsbedingungen
festzusetzen hat.

Wilson's Ratte.
• Amsterdam, 6. Mai. Aus Washington wird
von amtlicher Seite mitgeteilt, daß der Senat am 2.
Juni zusammengetreten wird; Präsident Wilson wird
am 1. Juni nach Washington zurückgekehrt sein.

Vom Völkerbund.
• Schweizer Grenze, 6. Mai. Die Gabas mel-
det, wählte das Organisationskomitee des Völkerbundes
Pichon zum Präsidenten und Sir Eric Drummond
zum Generalsekretär.

Aus der Landesversammlung.
• Berlin, 8. Mai. Die Landesversammlung
setzte gestern nach Erledigung kleiner Anfragen die
Erläuterung fort, ohne daß wesentlich neue Gesichts-
punkte hervortraten. Auf eine Anfrage erklärte Justiz-
minister Dr. A. Mehnert, daß die Immunität der
Rätevorsitzenden nicht aufgehoben werden könne.

• Berlin, 6. Mai. Die Fraktionen der National-
versammlung in Weimar haben beschlossen, am 10.
Mai Fraktionskollisionen in Berlin abzuhalten. Die
Eisenbahnverwaltung hat zu diesem Zweck angeordnet,
am Freitag den Parlamentstag von Weimar verfahren
zu lassen und auch weitere Erleichterungen zugesagt.

• Berlin, 6. Mai. Der Reichsausschuß der Lan-
desversammlung trat gestern Abend zusammen. Ein
Antrag der Deutschnationalen, die vorläufige Ver-
fassung dahin abzuändern, daß Anwesenheit nur mit
Zustimmung der Landesversammlung erlassen wer-
den können, wurde abgelehnt. Ein Antrag über
schließlicher Zentrumsangehöriger, der die Beseiti-
gung der erhobenen Gerichtsverfahren für die Parteien
verlangt, die sich vor Gericht einer fremden Sprache
bedienen, wurde zurückgezogen, nachdem die Regie-
rung erklärt hatte, daß eine entsprechende Vorlage
der Landesversammlung bald zugehen werde. Es
handelt sich dabei um die Beseitigung einer alten
Ausnahmebestimmung hauptsächlich gegen die Po-
len. In der nächsten Sitzung des Ausschusses soll
die Lage der nichtangestellten Professoren zur Sprache
kommen.

Hindenburg.
• Berlin, 6. Mai. Generalleutnant v. Hin-
denburg wird nach seinem Austritt von der Obersten
Befehlshaberung an seinem früheren Wohnsitz Hannover
zurückkehren. Er beabsichtigt nicht, Memoiren zu
schreiben.

Ein Blutbad.
• München, 7. Mai. Die Erschütterung über
den Mordmord sowie über den heimtückischen Wider-
stand der Sozialisten haben zu verabschiedungswür-
digen Verbrechen geführt. Am Abend des 3. Mai
sind entgegen den bestehenden Anordnungen über das
Versammlungsverbot eine Versammlung von etwa 30
Personen im Norden der Stadt statt. Die Versamm-
lung wurde durch Streikposten aufgehoben, die Be-
waffneten inhaftiert und in das Gefängnis am Ka-
rolingerplatz geführt. In dieses drang gegen 9 Uhr
abends eine Gruppe bewaffneter bayerischer Soldaten.
Es kam zu einer Schießerei, wobei diese bayerischen
Soldaten, im Glauben, Sozialisten vor sich zu ha-
ben, 21 Personen töteten. Die Schuldigen wurden
verhaftet. Die kriegsgerichtliche Untersuchung ist im
Gange und liegt in der Hand der 2. Gardedivision.

Uebergänge von Arbeiter- und
Soldatenräten in den Hafenstädten.

• Berlin, 6. Mai. Verschiedene NSR in deut-
schen Hafenstädten, so u. a. in Stettin, haben sich in
der letzten Zeit Uebergänge bei der Ueinführung des
ausländischen Lebensmittels zu haben kommen lassen,
die auf die Tätigkeit dieser Herren ein großes Licht
werfen. Bei der Ausschiffung der norwegischen Fische-
schiffe „Schlag“ diese NSR in der Hand einen größeren
Teil der Ware, um sie der Hafenbevölkerung zugäng-
lich zu machen.

Das diese Maßnahme, die wohl dazu angetan ist,
das Prestige der NSR in den Hafenstädten zu heben,
mit dem Interesse des Volksanges in kassen Wider-
spruch steht, scheint ihnen vollkommen gleichgültig zu
sein. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung diesem
Räufzug endgültig ein Ende bereitet.

Budapest
in der Hand der Verbandstruppen.

• Paris, 6. Mai. Gabas verbreitet eine Mel-
dung des rumänischen Pressbüros aus Wien, wonach
die alliierten Truppen in Budapest einmarschierten.

Gerichtliches.

• Reuthe, 7. Mai. (Schöffensitzung.) Der Händ-
ler A. von hier soll am 23. Dez. 1918 5—6 M.,
Tuch, das aus einem Diebstahl herrührte, angekauft
haben. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. —
Der Konditor Geir. Sch. von hier soll am 28. Dez.
1918 bei der Ring- und Hafenbahn hier eine Bohr-
maschine gestohlen haben. Die Sache wurde verlegt.
— Der Former Jos. G. und Fabrikarbeiter Math.
Sch., beide von hier, waren im Febr. bei der Papier-
fabrik Reisholz beschäftigt. Sie verurteilten dort
Kupferrohre im Werte von 304 M. zu entwenden.
Jeder erhielt 2 Wochen Gefängnis.

Vermischtes.

• Die Typhusepidemie in Russland. Die
Moskauer Zeitungen veröffentlichen eine amtliche
Statistik des Gesundheitskommissariats, die zwar
selbst eingestrichelt, unvollständig zu sein, aber doch
ein erschreckendes Bild von dem Wüten des Ty-
phus liefert. Danach beträgt die Zahl der Per-
sonen, die monatlich in Russland an Typhus
sterben, 85.000. Moskau steht in dieser Statistik
an erster Stelle, denn die hier gezählten tödlich
verlaufenen Typhusfälle betragen im Monat mehr
als 10.000. Die Moskauer Gemeindevorwaltung
hat die Sargfabrikation monopolisiert; aber ein
Sarg ist gegenwärtig in Russland etwas, das sich
nur reiche Leute leisten können, denn ein Sarg
kostet 700 Rubel. So kommt es denn, daß für
die größte Zahl der Leichen nicht einmal Särge
vorhanden sind.

Milde Gaben.

Es gingen bei uns ein:
Für ein Freilebendes auf die Namen Ida-Elisabeth
aus 21. — M.

Alle Arten
Drucksachen
in Ein- und Mehr-
farbendruck liefert
sauber und preiswert
Jos. Heekhausen
Tel. 716,
Kölnerstrasse 5.

Möbel
Kleiderschränke,
Waschkommoden mit
und ohne Spiegel, Leinwand-
moden, Nachtkonsolen,
Bettstellen, Stahlmatten
Auflege-Matratzen in la-
dreil und Leinen, Küchen-
Bänke, Anrichte, Ein-
schränke, Tische, Stühle
etc. in prima Ausführung
zu billigen Preisen.
Hermann Sack,
Tückingstrasse 2.

Gut erhaltene
Schreibmaschine
mit Lichter Schrift zu
kaufen gesucht.
Angebote an
E. Kaufmann,
Canalstrasse 63.

Postfachverkauf
zu übernehmen gesucht.

Gerren, Damen- und
Kinder-Vorfall.
Schürhiesel,
Anaben u. Mädchen, kräft.
wiedergeb. Schürhiesel, mit
Reinleder verlegen empf.
O. Schürhiesel,
Grevendroff.

10 Federbetten und
10 Kissen, 1 großes
Bett, Rahmen und Reis,
Fensterdekoration,
1 Sofa, eichen
zu verkaufen, Gremer,
Bitterstrasse 72.

Gadner u. v. Schramm,
postf. Bett, fast neu,
hell. Sommerstoff, neu,
röter Bordenbut, neu,
blass zu verk. Denfel-
mann, Denfelstrasse 33.
Gasthofs Hotten-Rüce.

230 m l. Tische, 8 Wa-
schen, Tisch, 1 Matratze,
1 Schloß, zu verkaufen.
Kühnstrasse 1.
Grevendroff,
Hedderstrasse 46.

Guter, Kinderwagen
mit 12. Damenstühle
Gr. 3 preisw. zu verkauf.
Reifen, Reuthestrasse 23.

Fast neues Anodenrad
mit Fahrradsummi zu
verkaufen.
Dr. Schlegel, Karst,
Hedderstrasse 1.

Ausgekauft und ab-
geschliffenes Frauenhaar
läßt zu höchsten Preisen
Franz Hübnerstr. 1.
Glockhammer 18, 1. Etg.

Gebrauchter, guterhalt.
Ridingw.-Sattel
zu kaufen gesucht.
Joh. Krüll, Karst,
Hedderstrasse 42.

